

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Verleger Nr. 55.

Verleger Nr. 55.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage, Feiertage und Feiertage. Als Beilage das St. Paulusblatt. Preis für den Monat durch Boten in Neuß in's Haus gebracht Mk. 2.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Telegraphische Adressen.

Postfachkonto 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weitestgehende Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unsere Blätter die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9-spaltige Zeile 80 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.00 Mk., und für die 4-spaltige Reklamezeile 3.00 Mk. Anzeigen erhalten bis 6 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages.

Nr. 23.

Redaktion: J. G. Brunau.

Mittwoch, 21. Januar 1920. (Mensch.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

47. Jahrgang.

Der Reichsparteitag des Zentrums.

Dem Gedächtnis Gröbers.

Präsident Fehrenbach hat in seiner Gedächtnisrede Gröbers, der übrigens, wie wenig bekannt ist, der Leiter aller Vorarbeiten für das Zustandekommen des Parteitages war, galt, u. a. das Folgende ausgesprochen:

„Mein Freund Gröbers war ein deutscher Patriot. Seine Jugendjahre, seine Reife, seine erste Unsterblichkeit fallen in die glückliche Zeit Deutschlands, der großen Erhebung und Aufrichtung des Deutschen Reiches. Seine erste Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter lag in der Zeit des für uns so schweren Kulturkampfes, die auch für ihn mit Kränkungen in seiner politischen Stellung verbunden war. Gröbers ließ sich dadurch nicht in seiner Liebe zum deutschen Vaterlande und in seiner Treue zum Reich sowie in seiner Tätigkeit für alle Anliegen des Reiches beirren. Er hat in jahrelanger Arbeit mit großem Eifer und Fleiß an der parlamentarischen Arbeit teilgenommen. Er hat mit großem Eifer und Fleiß an der parlamentarischen Arbeit teilgenommen. Er hat mit großem Eifer und Fleiß an der parlamentarischen Arbeit teilgenommen.“

Man hat später unsern Führer den Vorwurf gemacht, daß wir unsere treue monarchistische Gesinnung nicht auch in jenen Tagen betätigt haben, daß wir mitgearbeitet haben an der späteren deutschen Republik. Die Treue zeigt sich in der Stunde des Abfalls und der Mut in der Stunde der Gefahr. Das völlig hilflose Verlangen dieser beiden großen Augen bei der ersten Revolution in Gegenwart, die jetzt die schwersten Aufgaben gegen uns erheben, hatte die Hoffnung auf eine heldenmütige Wiedertreibung dieser beiden Augen für eine zweite Revolution nicht in uns hervorgerufen. Gröbers sah sich genötigt, aus Erwägungen des kalten Verstandes, in Abwägung der politischen Notwendigkeiten sich zur deutschen Republik zu bekennen; er sah sich genötigt, an der Regierung dieser deutschen Republik teilzunehmen und in Verbindung mit den anderen beiden großen Parteien dieses Hauses mitzuarbeiten und die Regierung zu stützen. Ein Anschlag nach rechts war nicht möglich. Die Wünsche, die auf jener Seite sich regten, hätten nur zu einer zweiten Revolution geführt. Ein Zusammenarbeiten mit dieser Seite war unmöglich.

Auf der andern Seite waren es die Reute des Unfortunes, die Streiks und Aufhebung der Waffen verboten und sie betrieben haben bis zum letzten blutigen Dienstag. Es gab keine andere Möglichkeit für den Volksmann Gröbers, als in Verbindung mit den beiden anderen Parteien den Versuch zu machen, das Vaterland zu retten. Das ist die Aufgabe, die er sich gestellt hat, und die, soweit man heute ein Urteil zu fällen vermag, vorläufig die schlimmsten Folgen von uns abgewendet hat.

In Weimar und in Berlin hat man den Nachweis erbracht, daß man rechtlichen Willens ist zur Aufrichtung unseres Vaterlandes. Man hat wegen der Weimarer Verfassung gegen unsere Partei und gegen ihre Führer Vorwürfe erhoben. Gröbers aber war glücklich darüber, daß die Verfassung in Weimar nicht große Umwälzungen hervorgerufen hat. Ich kann mir nicht vorstellen, hier darauf hinzuweisen, daß nach den großen Umwälzungen vor hundert Jahren, als die Monarchie emporkam, die Kirche ihres Vermögens beraubt wurde. Heute aber hat sie nicht einen Pfennig verloren.

Gröbers war ein echter Schwabe. Ruhiges Wesen war eine Eigenartlichkeit von ihm. In den Verhandlungen des Schwarzenbundes wurden nicht die Redner, die mit großen Worten auf die Massen einwirkten, sondern die schwäbische Bauerin, die nach dem Redner ihm folgt und je ruhiger der Redner ihm seine Gedanken entwickelt, desto mehr Erfolg hat er. Gröbers hat sich verlegt, in verantwortungsvoller Stunde durch Aufpreisung von Redensarten und Benutzung von Schlagworten Stimmung hervorzurufen. Er hat es immer abgelehnt, seine Zustimmung zu geben, wenn führende Elemente in dieser Art die Meinung zu beeinflussen verstanden. Eine weitere Eigenart der Schwaben ist neben der Liebe zur Heimat die Lust zum Wandern. Dadurch vermeiden sie eine einseitige übertriebene Wertschätzung ihrer Eigenart. So hat auch Gröbers volles Verständnis für die anderen Stämme des Reiches entwickelt.

Die Entwicklung unserer deutschen Verhältnisse ist keine gradlinige gewesen. Die Zerrissenheit unseres Vaterlandes und die Kämpfe der Parteien untereinander für die Interessen ihrer Hausmacht waren die hervorstechendsten Merkmale. Aus den Kämpfen der Parteien untereinander ist Preußen entstanden. Es hatte die große historische Aufgabe, die Einheit Deutschlands herbeizuführen. Diese große historische Aufgabe hat es unter dem Meister der Staatskunst, Bismarck, gelöst. Aber es hatte diese Aufgabe nicht für ewige Zeiten. Niemand hatte das klarer erkannt als Bismarck selbst. Unter den Folgen des Krieges ist auch das alte Preußen zusammengebrochen. Die Gemmungen, die in der übertragenden Stellung von Preußen und Berlin und in der souveränen Fürstengewalt gelegen haben, sind als Folgen des Krieges gefallen. Die Vorherrschaft Preußens konnte nicht aufrecht erhalten bleiben, wenn sie nicht eine Gefahr werden sollte.

Es müssen alle Volksstämme zu einer größeren Selbständigkeit im Rahmen eines einheitlichen deutschen Reiches kommen. Gröbers war ein treuer Zentrumsmann. Er war ein treuer Anhänger der politischen Zentrumspartei. Gröbers war überzeugt davon, daß die Todesstunde des Zentrums geschlagen habe, wenn es allein eine konfessionelle Partei würde. Das Zentrum will frei sein gegenüber der Regierung und frei gegenüber anderen Gewalten, auch den kirchlichen. Es will frei sein als wahre Volkspartei.

Gröbers war ein überzeugter Vertreter der Partei der Mitte. Die Geschichte der Zentrumspartei beweist es, wie groß das Glück unsern Deutschen Reich beschieden wurde darin, daß in der Mitte seiner Volksvertretung eine so starke Partei stand, die nicht nur die Interessen einer Partei und Klasse, sondern grundsätzlich das Wohl aller Klassen vom Adel bis zum Arbeiter vertreten hat. Und die Zentrumspartei hat bis zum heutigen Tage den Beweis erbracht, daß die Möglichkeit besteht, diesen Grundsatz durchzuführen. Es muß ihr bei gutem Willen auch weiter gelingen, da sie geleitet ist von dem großen Sohn ihres Herrn und Meisters: Gröbers. Gröbers hat uns das selbst.

Gröbers war ein guter und überzeugter Katholik, aber das war für ihn kein Selbstzweck, absolute Gerechtigkeit und vernünftiges Wohlfühlen auch gegenüber allen anderen Bekenntnissen zu bekunden. Das haben nach bei seinem Tode besonders warm die Israeliten anerkannt. Das war unser Gröbers. Gröbers hat, in seinem Geiste, ruhig abgewogen verschiedene Meinungen in christlicher Gesinnung gegeneinander abgemessen, unser Parteitag verlaufen lassen. Jetzt ist es ja so, als ob unüberwindliche Gegensätze vorhanden wären. Wenn wir aber einmal ruhig unsere politischen Ansichten miteinander aussprechen, dann wird es sich zeigen, daß wir gar nicht so weit auseinander sind, daß wir nicht aufeinander zugehen können. Wir können die Bayern nicht auf unsern Parteitag beschreiben, aber ich weiß, wie sehr für sie der Schmerz und welche tiefste Sehnsucht unsere Herzen und unsere Kollegen aus Bayern deswegen ergriffen hat.

Ich habe die Hoffnung, daß auf diesem Parteitag eine Brücke zu ihnen hinüber geschlagen wird. Wir wollen sie fragen, ist es angebracht, diese Gesellschaft zu verlassen und in Verbindung einzutreten mit Elementen, die weder in politischer, noch in wirtschaftlicher, noch in kultureller Hinsicht irgendwelche Gemeinsamkeit mit der alten treuen Zentrumspartei verbindet. Was Windthorst einmal im Göttinger in Köln gesagt hat: Von den Feinden ist besetzt, aber von den Freunden verlassen, das werden auch sie an der Partei nicht wahrnehmen und so schließe ich denn meine Rede mit den Worten, die Kardinal Kopp beim Tode Windthorsts gesprochen hat: Sei einig, einig, einig! (Wohlfahrt, Sturm, langanhaltender Beifall.)

Zur Rede Trimborns über die Frage der Neugliederung des Reiches ist noch nachzutragen: Das Widerstreben gegen diese Entwicklung, das besonders bei unseren Freunden in Bayern sich bemerkbar gemacht hat, scheint von der Voraussetzung auszugehen, daß eine Neugliederung des Reiches nur einen Einheitsstaat schaffen wird, in dem alles zentralisiert, schematisiert und schablonisiert werden soll und zwar nach preussischem oder Berliner Muster.

Ein solcher Einheitsstaat wird auch von uns abgelehnt. (Bravo!) Aber gerade das Gegenteil von einer solchen unvernünftigen Zentralisierung soll durch die Neugliederung erreicht werden. Sie soll nicht zentralistisch verwaltete Provinzen, sondern Länder schaffen, die als wirklich lebensfähige, von historischer, wirtschaftlicher und kultureller Berechtigung getragene, gebildet sind, deren nationales Eigenleben im Rahmen der Reichsverfassung erhalten werden soll.

Inzwischen habe ich das Vertrauen, daß trotz der äußeren Trennung der Geist der Zusammengehörigkeit erhalten bleibt, stets im Hinblick auf die Ideale, die uns nach wie vor einig. Hierauf beruht die Hoffnung, daß der Reich nicht zu einem unheilbaren Gefallen. (Bravo!)

Berlin, 19. Januar 1920. Nach der Rede Trimborns trat die Mittagspause ein. In der heutigen Nachmittagspause fand die Diskussion über das politische Referat Trimborns statt. Reichsfinanzminister Erzberger wohnte der Sitzung bei.

Frhr. v. Hertefeld-Berg. Die beiden Reden des heutigen Vormittags, die des Herrn Präsidenten und die des Reichstages, hatten einen gewissen Unterton, der erkennen ließ, daß man über gewisse Strömungen in der Partei nicht ohne Sorge ist. Gewiß wird der christliche Wille, alles zu retten, was zu retten ist, allgemein anerkannt. Andererseits darf man auch nicht die Augen vor den Sorgen verschließen, mit denen manche Erscheinungen der Fraktionspolitik im eigenen Lager beobachtet werden. Vor allen Dingen ist es der ländliche Besitz, bei dem der Unwille über die verminderte Vertretung im Parlament noch keineswegs zur Ruhe gekommen ist. Welche Kreise empfinden das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie mit wachsendem Mißbehagen. Man sagt sich, daß die Koalition leicht zu einer Ideengemeinschaft führen könne, bei der natürlich die christlichen Ideen den Ruder führen würden. Man fragt sich wegen der Steuerpolitik. Man fragt sich, wie weit das Recht des Staates, in das Eigentum seiner Untertanen einzugreifen, geht. Man hält es für unrichtig, wenn der Gegensatz zwischen den Reichsparteien mehr und mehr vertieft wird, so daß das Zusammengehen mit diesen Parteien bei den nächsten Wahlen schon jetzt in Frage gestellt erscheint. Für den Fall, daß beabsichtigt sein sollte, das Zentrum auch beim Wahlkampf mit der Sozialdemokratie zusammenzuschließen, so würde ich sehr dagegen sein. Auch viele Kreise im Lande sind dieser Meinung. (Sehr richtig!) Man hält es nicht für möglich, wenn das, was gestern angebetet wurde, heute verbrannt werde. Man hält es nicht für möglich, daß Republikaner und Monarchisten in derselben Partei vereinigt werden.

Der Redner zitiert dann einige schon von der Deutschen Zeitung vor einigen Wochen gebrachte Äußerungen des katholischen Kirchenblattes für die Diözese Osnabrück, in welcher die Konservativen wegen ihrer Treue zum angelsächsischen Herrscherhaus gelobt werden und das Zentrum gefragt wird, wo in seinen Reihen ein Gegenstück zu dieser Treue zu finden sei. Wenn ich meine Zustimmung aussprechen sollte zu allem, was in Weimar, Berlin und Stuttgart gesprochen worden ist, würde ich mich in Widerspruch setzen zu weiteren Kreisen, die sich zum Zentrum bekennen. Der Parteitag wird es nicht unangelegen sein, wenn ihr diese Strömungen näher gebracht werden, die für die Partei gefährlich werden können, als es nach dem Verlauf mancher Parteiveranstaltungen erscheinen möchte. (Beifall.)

Geheimrat Dr. Forst. Der Stellungnahme des Frhr. v. Hertefeld kann ich volle Würdigung zu teil werden lassen. Ich stehe ihr nicht mit Sympathie gegenüber. Frhr. v. Hertefeld hat uns den Inhalt eines katholischen Kirchenblattes zitiert. Diefem Artikel möchte ich Worte entgegenhalten, die ein anderer Sohn der Osnabrücker Erde gesprochen hat. Ich war als junger Mann Zeuge des Duells zwischen Bismarck und Windthorst im preussischen Abgeordnetenhaus. Bismarck suchte Windthorst dadurch unmöglich zu machen, daß er ihn als weltlichen Parteigenossen hinzustellen suchte. Darauf hat Windthorst erwidert:

„Der geehrte Herr (Bismarck) hat mich gefragt, ob ich noch die Anhänglichkeit an die hanoversche Königsfamilie bewahrt habe. Ich antwortete dem Herrn Ministerpräsidenten, daß diese Anhänglichkeit voll und ganz fortdauere, daß sie fortdauern wird, bis in mein Grab. Aber meine Herren, ich bin eingebend des Sanges der H. Schrift: Du sollst untertan sein der gesetzgebenden Obrigkeit. In Befolgung dieser Vorschrift glaube ich meine Untertanenpflicht nach bestem Wissen getan zu haben. Ich stehe auf dem Boden der Verfassung.“

Und genau auf diesem Standpunkte stehe auch ich und stehen alle die, die noch Anhänger des Zentrums sind. Dieses Wort sage ich zum Troste der Monarchisten in unseren Reihen. Ich sage es aber auch denen gegenüber, die uns einen Vorwurf daraus machen, daß wir den Mantel nach dem Winde hängen (mit erhobener Stimme): Haben denn die Konfessionellen Windthorsts Adressen anerkannt? Sie haben Windthorst gebürdmarkt. Deshalb lehne ich es ab, wenn man mir von rechts Vorwürfe macht wegen Untreue gegenüber dem monarchistischen Gedanken.

Nun zur Frage des Einheitsstaates. Ich bin unter dem preussischen Adler als geworden. Ich glaube ich, daß der Antrag, den meine Parteifreunde im preussischen Abgeordnetenhaus gestellt haben, der den Einheitsstaat Deutschland verlangt, vollständig berechtigt ist. Wir sind durch drei Erwägungen diesem Gedanken näher gekommen: Erstens dadurch, daß man im Rheinland den dringenden Wunsch nach möglichst Selbständigkeit gehabt hat, um bei Deutschland zu bleiben und

daß man in Oberschlesien wenigstens vollständige Autonomie zu haben wünscht.

Zweitens durch die Entwicklung der Verfassungsverhältnisse im Deutschen Reich. Die Dinge treiben notwendigerweise dem Einheitsstaate zu. Das wird eigentlich von allen Seiten anerkannt.

Drittens haben wir uns in der Fraktion mit der neuen preussischen Verfassung beschäftigt, ebenso mit der Frage, ob für Preußen ein besonderes Staatsoberhaupt zu wählen sei oder nicht. Dabei sind wir zu der Auffassung gekommen, daß Preußen im Reich aufgehen muß. Aber der Einheitsstaat soll nicht nach französischem Muster geschaffen werden, sondern mit vollster Dezentralisation. Es liegt uns allerdings nicht, dem Rate des Herrn v. Brentano zu folgen und erst einmal Preußen zu zerlegen und dann abzuwarten, was die anderen Staaten tun. Wir wollen, daß alle Staaten gemeinsam vorgehen, alle mit gleichem Maße gemessen werden. Sehr bedauert habe ich, daß der Antrag der Preussischen Landesversammlung mit entscheidend gewesen sein soll für die Haltung der baltischen Freunde. Wenn irgend jemand der Situation trauernd gegenübersehen muß, so sind das wir Preußen. Wir haben das schwerste Opfer zu bringen. Wir werden im Reich aufgehen.

Redner schließt mit dem Wunsche, daß es gelingen möge, durch das Reich die Interessen von Kirche und Schule ausreichend zu schützen.

ParteiSekretär Reichensperger (Köln): Die Deutschnationalen machen es uns unmöglich, mit ihnen zusammenzugehen. Wenn sie früher so von der Regierung behandelt worden wären, wie das Zentrum, dann wäre die Sache anders. Es gibt allerdings konservative Kreise, die mit uns zusammengehen möchten. Aber es wird ihnen unmöglich gemacht durch die Abseufzungen und den ewigen geschäftlichen Bund. Im Rheinland hat ein Deutschnationaler erklärt: Für uns ist ein Zusammengehen mit dem Zentrum unmöglich, weil das Zentrum nicht national zuverlässig ist. Wir müssen aber auch immer wieder betonen, daß wir keine konfessionelle Partei sind.

Hauptredakteur Dr. Goebel (Ahn): Als wir den gewählten Vertretern des Deutschen Reiches die Anregung übergeben, ein selbständiges Rheinland zu schaffen, war eine schwierige Lage entstanden in der Reichshauptstadt. Ein wahres Chaos bestand. In dieser Situation war es unsere politische und völkische Pflicht, für unser Dasein zu kämpfen. Dazu kamen außerpolitische Erwägungen und wir standen vor der Befehlsung. Wir fanden wochenlang in Gedankenkreislauf mit hervorragenden Politikern. Sie machten uns auf die Gefahren, die uns umringten, aufmerksam. Allen denen, die mit einer Anagnion spielen wollten: haben wir das Bestreben entgegengehalten: Wir sind deutsch und bleiben deutsch! (Beifall.) Wir haben Anlauf, anzunehmen, daß das Bestreben zum Deutschtum auch den Friedensvertrag beeinflusst hat. Unsere damaligen Überlegungen und Bestrebungen sind von politischen Gegnern gefächelt und entstellt worden.

Wir erkennen mit Dank an, wie gut und klar Geheimrat Trimborn sich heute hier ausgesprochen hat. Die Richtlinien, welche wir in Zukunft ins Auge fassen müssen, können nur dann durchgeführt werden, wenn alle Kreise mit dem Gedanken vertraut werden. Zunächst fordern wir Ruhe und Besonnenheit. Unsere zweite Forderung lautet: Keine Verschleppung! Es ist unsere Aufgabe, dem Reichsparteitag eine Entschließung zu unterbreiten, die darauf abzielt, daß der innere Ausbau des Reiches auf regionalistischer Grundlage sobald als möglich nach folgenden Richtlinien vorzunehmen:

Im Sinne dieser Ausführungen unterbreitet der Redner dem Parteitag den nachstehenden Antrag:

Der Reichsparteitag der Deutschen Zentrumspartei richtet an die Reichsregierung die dringende Aufforderung, den inneren Ausbau des Reiches auf regionalistischer Grundlage sobald als möglich nach folgenden Richtlinien vorzunehmen:

a) Organisierter Ausbau des Reiches auf Grund der Verfassung mit selbständigen Stammesländern, wobei die bisherigen kleineren Bundesstaaten zusammengelegt werden und Preußen seine Vormachtstellung aufgibt.

b) Es sollen gleichberechtigte und möglichst gleichwertige Länder (Selbstverwaltungsdörner) gebildet werden. Sie werden hinsichtlich auf Grundlage der Stammesgemeinschaft geknüpft und mit möglichst weitgehender Selbstverwaltung ausgestattet.

Der Reichsparteitag wählt einen Ausschuss von fünf Sachverständigen, um brauchbare Vorschläge in vorzudenken Sinne auszubereiten.

Aus den heutigen Erwägungen soll etwas großes und greifbares hervorkommen! Reichsfinanzminister Erzberger: Ich verstehe es wohl, daß in der Zentrumspartei die Frage

musen
In
und L
brady
Den
aus A
Platz
nieder
Die
der Ba
Nach
sind die
oldachp
faunden
raumen
besten
hakt n
gen für
achtige
kein d
hierber
ich m
Sto
bühre
ganzen
Stunde
Nierai
einer
ausges
W o
Verwa
Wahl
Die
nomme
mit 88
N. S. d
Gabrile
In
partei
geschla
W in f
Edo
Die
Neglu
Mit
Wieder
höhung
verhöhl
Sto
die Un
den Vo
teuerv
W o
bei der
Komm
an 4
Neg
Wirtle
Gillis.
Komm
ar
Ar
und S
Komm
Sto
ten. Re
Komm
an Die
Fabe
Sto
Edarfs
Komm
Vol
Bähne
Seg
minu
Mählen
W
wurde
diger
Einrich
der Zi
Kosten
Schu
des
Weil
erreicht
bis 25fa
zwungen,
50 % z
Ferren-S
W
Damen-S
W
(Gen
Anaben-S
M
Kinder-S
23
bis
Klein
Stunden
Wre

Der B
Bina

Die
Zentrum
Hauptstadt
Nachdem
bekannt
und Don
eigentlich
Hut
schaffte
erhalten
die jeder
zum Teil
auf unser
unzuver
als eine
Die Neun
gewaltig
je nach
die Zukun
sen besch
vermeide
baren Ge
nicht aus
rigen W
ding mit
bösliche
Notwend
Reich läßt
mäßige
Eine
Kommun
dass die
Reich ein
Ländern
Reichssta
hat bei z
Beunruh
werden s
Länder.
bände, d
reichende
Lohn beg
tzt, bew
Westman
Man n
ten — u
Böge der
die kleine
mäßige
auf die M
des West
Stelle de
Joannas
aber den
beträge
jeder in
eine fünf
— und
viel nach
zu den
müderer
Lustige
anlehn
musien
höht be
Hauptst
einem ge
genw
Lamm, ab
Bei d
partei ein
stand und
und zwar
1 1/2 Proz
für die le
Luzurwa
den Klein
stellen zu
der Berst
vieles W
ganz besa
In de
beraumt
rückstän
aber der
für seine
Erhebun
hat mit
ferer sin
Aber noch
die Zurd
bieten.
nichts, w
Verbrä
st auch, d
großen
wieder w
einmal
dann ab
Preisent
dung und
ferer wie
wirtschaft
unserer
Der Tiefst
der nicht
Weite.